

728 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai 1972,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über
sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen
geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sollen Bestimmungen über den Studienablauf und den Prüfungsvorgang
der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen
abgeändert werden. So sollen unter anderem der Abschluß des ersten
Studienabschnittes bereits nach drei Semestern ermöglicht und die
Kombinationsmöglichkeiten bei den Wahlfächern erweitert werden.
Weiters enthält der Gesetzesbeschluß Bestimmungen über die Ver-
längerung der Frist zur Beendigung des staatswissenschaftlichen
Studiums sowie über den Erwerb des Titels "Magister der Sozial-
und Wirtschaftswissenschaften" für Personen, die das Lehramt
für mittlere und höhere kaufmännische Lehranstalten noch nach alten
Prüfungsvorschriften erworben haben.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 16. Mai
1972 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Ver-
fassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundes-
rat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Mai
1972, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über
sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen
geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 16. Mai 1972

Dr. Hilde H a w l i c e k
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann